

6. Wahlperiode – 30. Sitzung

Tagesordnungspunkt 7

Evaluation der Tätigkeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Drucksache 6/4433, Antrag der Fraktion DIE LINKE

16. März 2016

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit Beginn der Legislaturperiode wird den Abgeordneten im Ausschuss für Hochschule, Wissenschaft, Kunst und Medien regelmäßig Bericht erstattet über den Stand der Dinge bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, nicht selten aus gegebenen und nicht selten auch aus nicht so erfreulichen Anlässen.

Das SMWK – das hat Frau Fiedler bereits ausführlich dargestellt – hat die Rechtsaufsicht über die Stiftung. Ihre inneren Angelegenheiten beeinflussen kann und soll es jedoch nicht. Dennoch hat Eva-Maria Stange eine ganz klare Haltung gezeigt, etwa als – wie von Ihnen angesprochen – der Stellvertretende Geschäftsführer Dr. Bert Pampel via Twitter seine Privatmeinung über den Stiftungsaccount der Öffentlichkeit darbot. Hier hat die Ministerin ganz klar Stellung bezogen.

Ich muss Ihnen sagen: Natürlich schreit diese Äußerung nach Konsequenzen. So sehr mir diese Äußerung auch unliebsam war, so glücklich bin ich aber, in einem politischen System zu leben, in dem es nicht möglich ist, dass die Ministerin jemanden deshalb hinauswirft. Sie müssen sich ansehen, wie das ordnungspolitisch funktioniert. Ich bin sehr froh darüber, dass sie ihren Unmut kundtun kann, dass sie ihn öffentlich rügen kann. Aber dabei muss es bei dieser Rechtsform auch bleiben. Das ist in jeder Situation gut und richtig so.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

In der letzten Ausschusssitzung war es so, dass Eva-Maria Stange einmal mehr Stellung zu den jüngsten Diskussionen um die Stiftung bezogen hat. In dieser Sitzung hat sie berichtet, dass es an der Zeit sei, eine externe Evaluierungskommission einzusetzen. Dies habe sie bereits angeregt. Heute möchte die Fraktion DIE LINKE, welche bei der Sitzung ebenfalls vertreten war, mit uns darüber sprechen, dass es an der Zeit sei, eine Evaluierungskommission einzusetzen. Gut, eine Vertiefung der Diskussion wäre sicherlich in der nächsten Ausschusssitzung auf Basis des Antrages möglich gewesen. Das wird wohl auch stattfinden.

Warum es aber dazu einer Plenardebatte bedarf, bleibt unklar. Hier drängt sich der Verdacht auf, man wolle bei aller medialen Aufmerksamkeit, die es im Moment für die Probleme der Stiftung gibt, noch einmal die öffentliche Bühne nutzen. Dabei bleibt die Frage offen: Wem hilft es? Ja, es gibt ganz offensichtlich Probleme innerhalb der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und zwischen den Gedenkstätten und der Führung der Stiftung. Die Aussagen dazu wurden bereits in diversen Zeitungsartikeln gegenübergestellt.

Die von Ihnen im Antrag zitierte Wochenzeitung „DIE ZEIT“ sieht den Geschäftsführer als den Schuldigen. „DIE WELT“ hingegen hält es für ein reines Rechts-Links-Problem und sieht die Ursachen für die Querelen darin, dass die politische LINKE den Geschäftsführer für seine

Missachtung der Vorfünfundvierziger hassen würde. Eine solche Berichterstattung ist der Lösung der internen Probleme ebenso wenig zuträglich wie eine auf das Plenum gezogene Debatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gedenkstättenfrieden, den der Freistaat dank vieler vermittelnder Kräfte errungen hat, ist ein sehr, sehr schwer errungener Frieden. Er kostete viel Überwindung, er kostete viel Mühe, viel Zeit und Geduld für die einzelnen Akteure. Es war ein sehr, sehr langer Prozess, diesen Kompromiss zu schließen. Am Ende dieses Prozesses steht die wunderbare Präambel mit dem Zitat von Hannah Arendt: „Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist.“ Die Präambel enthält unter anderem eine Verdeutlichung der Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen sowie einen Passus zur Singularität des Holocaust. Dies war leider durch diverse Verwerfungen notwendig geworden.

An diesem Frieden sollte nicht gerührt werden. Wenn es Probleme gibt, so werden diese an der richtigen Stelle in den Gremien der Stiftung und mit der Stiftungsratsvorsitzenden erörtert, alles unter Wahrung der ordnungspolitischen Grundgegebenheiten, die der Stiftung eine Unabhängigkeit geben. Mit der Anfrage über die Vergabe von Projektmitteln und Äußerungen dazu, die der Stiftung eine gewisse Tendenz vorwerfen – das haben Sie in Ihrem Redebeitrag noch einmal deutlich gemacht –, sie würde zu wenig Geld für die NS-Aufarbeitung ausgeben und zu viel für die Opfer der SED-Diktatur, wird ein Dualismus aufgemacht, von dem ich hoffte, er sei spätestens durch die Novellierung des Gesetzes überwunden.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Franz Sodann, DIE LINKE: Das ist einfach ein Fakt!)

– Ich könnte Ihnen, Herr Sodann, auch Fakten nennen. Ich könnte Ihnen Zahlen aus der institutionellen Förderung nennen, die nämlich belegen, dass dort die Gewichtung eine ganz andere ist. Aber wissen Sie was: Ich habe diese Zahlen nicht herausgesucht, weil es mir zuwider ist, hier eine Aufrechnung von Opfern vor und nach 1945 vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Es sind alles Menschen gewesen, Menschen, die sich für ihre politischen Ziele eingesetzt haben, oder Menschen, die schon qua Geburt zu Feinden des politischen Systems wurden. Einige von ihnen mussten sogar unter beiden Diktaturen leiden. Eine Unterteilung von Opfern in Kategorien halte ich aus humanistischen Gründen für unwürdig. Sie folgt letztlich einem unheilvollen Denkmuster, das in der DDR an der Tagesordnung war: die wichtigen Antifaschisten und die nicht ganz wichtigen Antifaschisten, Ernst Thälmann ganz vorn und Dietrich Bonhoeffer ganz hinten. Ich bitte Sie: Befreien Sie sich von dieser Denktradition!

(Beifall bei der CDU – Geert Mackenroth, CDU: So ist es!)

Etwas, worüber wir tatsächlich sprechen müssen, ist, weshalb so wenige Anträge von den vor 1945 zu Opfern gewordenen Menschen eingereicht worden sind. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Es ist der demografische Faktor, der für diese Menschen und vor allem für die Opfervereinigungen die Arbeit sehr, sehr schwer macht. Die Zahl der Zeitzeugen wird immer geringer, und wir müssen uns gemeinsam darüber Gedanken machen, wie wir ohne die Zeitzeugen eine gute Arbeit für die Zeit vor 1945 absichern. Das sehe ich als Punkt, den ich gern mit Ihnen diskutiere: wie wir es schaffen, ohne oder nur mit ganz wenigen Zeitzeugen ausreichend Projektmittel für die Vereine zu gewinnen, die dies weiterbetreiben wollen und es

auch in Zukunft noch weiterbetreiben sollen. Das sollten wir aber nicht im Rahmen einer Aufrechnungsdebatte tun, sondern mit einer zukunftsgerichteten Diskussion.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der AfD – Zuruf des Abg. Franz Sodann, DIE LINKE)

– Herr Sodann, das ist meine Redezeit. Ich respektiere, dass Sie heute das Thema Stiftung Sächsische Gedenkstätten noch einmal auf die Tagesordnung gebracht haben und ihm öffentlichen Raum geben wollten. Sie konnten mich allerdings bisher nicht davon überzeugen, worin der Sinn besteht, ein Vorhaben zu diskutieren, das die Staatsministerin schon – das ist schriftlich nachgewiesen – auf die Tagesordnung gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU)